

Positionen der IG Metall

1. IG Metall und Betriebsräte halten an ihrer Forderung eines **industriepolitischen Dialogs** von Regierung, Unternehmen, Wissenschaft, Gewerkschaft und Betriebsräten fest, um die äußerst komplexen Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu bearbeiten und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen **nicht auf dem Rücken der Beschäftigten** ausgetragen werden.
2. Die **Bundesregierung nimmt in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eine zentrale Rolle** ein und trägt damit gleichermaßen Verantwortung für die Beschäftigten in dieser Branche. Sie entscheidet über künftige Entwicklungen und Technologien, über die Ausrüstung der Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit der Industrie bei Dienstleistungen und Wartung, über bündnispolitische Kooperationsprojekte, über grenzüberschreitende Unternehmensplanungen (z.B. beabsichtigte Fusion von EADS und BAE Systems) und über Exporte.
3. Die **Erschließung ziviler Märkte** muss im Rahmen der Diversifikation weiter vorangetrieben werden. Hier stehen Unternehmen und Regierung in der Verantwortung. Die Entwicklung alternativer Projekte erfordert mittel- und langfristige Strategien, für die verlässliche politische Rahmenbedingungen vereinbart werden müssen. IG Metall und Betriebsräte befürworten klare und verbindliche politische Vorgaben noch in diesem Jahr. Zudem fordern IG Metall und Betriebsräte einen Diversifikationsfonds, bei dem sowohl Unternehmen als auch Betriebsräte und Gewerkschaft antragsberechtigt und alle Beteiligten im Fondsbeitrag vertreten sind.
4. Klarheit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind die Basis für eine nachhaltige Standortsicherung. Das betrifft den Verantwortungsbereich des **Bundesministeriums der Verteidigung für die Ausstattung der Bundeswehr**. IG Metall und Betriebsräte fordern vom Ministerium Klarheit, welche Fähigkeiten künftig benötigt, welche Technologien und welche Ausrüstungen (wo) beschafft und gewartet werden sollen. Industrielle Fähigkeiten, die einmal verloren sind, lassen sich kaum mehr neu aufbauen. Auch für **europäische Kooperationen** und die in der EU geplante Industriepolitik im Sicherheits- und Verteidigungssektor ist ein klares Konzept der Bundesregierung gefordert.
5. Für IG Metall und Betriebsräte ist klar: Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Bei Zweifeln kann ein Export nicht stattfinden. IG Metall und Betriebsräte unterstützen die **Exportgrundsätze der Bundesregierung** und sehen zugleich dringenden Handlungsbedarf für deren Handhabung. Notwendig sind Klarheit und Transparenz in der Bewertung von Projekten und Gütern.